

AUSSPRACHE

„Neue Spielregeln für eine neue Politik“

Die sehr notwendigen Ausführungen, daß „Neue Spielregeln für eine neue Politik“ (Dr. Lindemann, GM 9/60) gefunden werden müssen, um aus der politischen Ausweglosigkeit in die Realität zurückzufinden, die uns Hoffnung auf eine geschichtliche Zukunft Deutschlands läßt, kommen im rechten Augenblick.

Die Ost-West-Beziehungen Deutschlands, aber auch der Welt, befinden sich erneut auf einem erschreckenden Tiefstand. Die Kündigung des Interzonenhandelsabkommens ist dafür symptomatisch. Sollte die Stilllegung jeglichen Handels zwischen der Bundesrepublik und der DDR die Folge sein, womit immerhin gerechnet werden muß, so steht uns mitten in Deutschland die Vollziehung eines „Eisernen Vorhangs“ bevor, dessen begriffliche Kenntnis aus früheren Tagen des „kalten Krieges“ mit der rauhen Wirklichkeit nur noch entfernte Ähnlichkeiten aufzuweisen haben dürfte. Die Existenz zweier deutscher Staaten würde virulent angesichts einer kaum mehr zu übertreffenden faktischen „Feindhaltung“ zwischen BR und DDR, woneben der Expertenstreit von Staats- und Völkerrechtlern als nur akademischer Natur verblassen müßte. Die Maßnahme der Bundesrepublik ist dennoch — mangels anderer Möglichkeiten — eine zwangsläufige Folge der Nadelstichpolitik Ulbrichts gegen Berlin. Sie kann sich deshalb auf die Zustimmung *aller* demokratischen Kräfte der Bundesrepublik stützen. So sehr also mit Genugtuung vermerkt werden muß, daß die Bundesregierung sich bewußt geworden ist, der Gemeinsamkeit aller Parteien des Bundestages in den entscheidenden Lebensfragen unseres Volkes nicht länger entraten zu können, so bedauerlich bleibt die Tatsache, daß dieses erst zu so später Stunde geschieht. Immerhin, darin könnten die ersten Anzeichen für „neue Spielregeln“ enthalten sein. Das läßt uns hoffen.

Die unübersehbaren Wandlungen in der Weltpolitik geben uns noch einmal eine Chance. Die *Dulles'sche* These von der Unmoral der Neutralität ist Vergangenheit. Die *Eisenhower-Doktrin* hat ihr Namensspender vor der UNO selbst zu Grabe getragen. Die Neutralität entwickelt sich zu einer moralischen Kraft, die von beiden Militärblöcken respektiert wird. Die Aufweichung letzterer und ihre Reduzierung auf die eigentlichen Machtträger USA und UdSSR könnte das erstrebenswerte Fernziel solcher Weltpolitik sein. Was könnten wir dazu beitragen?

Sich um „Neue Spielregeln für eine neue Politik“ zu bemühen, heißt zunächst nichts an-

deres, als damit zu beginnen, deutsche Außenpolitik zu betreiben, die sich der geographischen Lage Gesamtdeutschlands als Mitte Europas bewußt bleibt. Mit dem Anspruch, der einzige legitime deutsche Staat zu sein, ist untrennbar die Verpflichtung verbunden, außenpolitisch gesamtdeutsch zu handeln. Welches Maß an Behutsamkeit dafür Voraussetzung ist, hat Helmut Lindemann gezeigt. Richtig ist, daß auf den Versuch deshalb nicht verzichtet werden darf. Das ist gerade auch deshalb sehr wichtig, weil wir das im Westen erworbene Vertrauen nicht wieder verlieren wollen. Die von Polen und der Tschechoslowakei ebenso wie von der DDR immer wieder beschworenen Bilder westdeutschen Militarismus und Revanchismus werden auf die Dauer im Westen nicht ohne Eindruck bleiben, wofür schon jetzt Anzeichen genug vorhanden sind. Dem kann man nicht nur mit der oft wiederholten Beteuerung begegnen, daß an die Verwirklichung politischer Ziele außer auf friedlichem Wege nicht im entferntesten gedacht sei. Wir wissen, daß das zutrifft. Weiß es auch Polen, weiß es Prag? Wer erwirbt dort Vertrauen in die friedlichen Absichten der Bundesrepublik? Genügt es, wenn die Vertriebenenverbände, von unermüdlichen Funktionären von Großveranstaltung zu Großveranstaltung getrieben, versichern, etwa mit den Polen in friedlicher Nachbarschaft leben zu wollen? Wo, in den polnisch verwalteten Ostgebieten? Unter polnischer oder unter deutscher Regierung? Wie sieht die Realisierung des Rechts auf Heimat aus? Hat die seit 1945 in den polnisch verwalteten Ostgebieten heranwachsende polnische Generation auch „Recht auf Heimat“?

In diesen Fragen liegen zugleich Ansätze für einige „neue Spielregeln“. Wir bedürfen des Vertrauens auch in Prag und Warschau. Voraussetzung dafür sind diplomatische Beziehungen, ist die offizielle Bestätigung unsererseits, eines de-facto-Zustandes „Oder-Neiße-Grenze“. Ihre völkerrechtliche Legitimität bliebe, davon unberührt, allein in einem Friedensvertrag vollziehbar. Bevor wir aber unseren östlichen Nachbarn nicht die Sicherheit gegeben haben, von der Aufrichtigkeit unserer Politik in bezug auf die Unantastbarkeit der Grenzen jener Staaten überzeugt zu sein, so lange ist jeder Gedanke an die Herstellung der Einheit Restdeutschlands illusorisch. Letzten Endes aber ist diese Einheit doch erklärtes Ziel jeglicher deutscher Politik.

Es sei hier an den Wortlaut einer Erklärung erinnert, die zum Abschluß des Besuchs *Titos* in Indien im Dezember 1954 von ihm und *Nehru* abgegeben wurde und in der es u. a. heißt: „Der Präsident (Jugoslawiens) und der Ministerpräsident (Indiens) wünschen festzustellen, daß die Politik der Nichtbeteiligung (Non-alignment) an Bündnissen und Blöcken, die von ihren Ländern beschlossen und befolgt

wird, weder ‚Neutralität‘ noch ‚Neutralismus‘ und also auch nicht, wie manchmal behauptet wird, Passivität ist, sondern daß sie eine positive, aktive und konstruktive Politik darstellt, welche den konstruktiven Frieden herbeizuführen sucht, auf dem allein kollektive Sicherheit ruhen kann ...“¹⁾

Die Entwicklung der weltpolitischen Lage seitdem und insbesondere die Situation der UNO heute sprechen deutlich für die Zweckmäßigkeit der Politik jener Staaten. Diese Politik, dem Sinne nach an mitteleuropäische Verhältnisse angepaßt und auf Deutschland angewendet, sich vorzustellen, vermittelt ein anderes Sicherheitsgefühl als die daneben hilflos wirkende „Sicherheit-für-alle-Politik“ der Bundesregierung, bei der das Gefühl der Unsicherheit zu einem Dauerzustand zu werden droht. Jeden Vorschlag als diskriminierend zu empfinden, der eine andere Vorstellung von der Verwirklichung der Entspannung und Sicherheit in Europa — einer unabdingbaren Voraussetzung für die Herstellung der Einheit Deutschlands — als die NATO zum Gegenstand hat, heißt ernstlich zu leugnen, daß der zweite Weltkrieg von uns begonnen und von uns verloren worden ist. Der Bundeskanzler hat kürzlich betont, daß es in Europa keine Großmacht mehr gäbe (die UdSSR offenbar nicht zu Europa zählend). Diese richtige Erkenntnis sollte schnell in politisches Handeln umgesetzt werden. Deutschlands Bedeutung als Mitte Europas wiederzuentdecken und zu gestalten wäre eine wahre staatsmännische Leistung. „Neue Spielregeln für eine neue Politik“ können dahin führen, ohne Diskriminierung, aber in geistiger Unabhängigkeit, ohne eine fragwürdige nukleare Bewaffnung, aber mit einer moralischen Kraft, die dem Frieden der Welt nützlich sein könnte.

1) Zit. bei Mehnert, „Asien, Moskau und wir“, Stuttgart 1958, S. 74.

Kurt Offers, Düsseldorf

II

Der Redaktion der Gewerkschaftlichen Monatshefte gebührt Dank für den bevorzugten Platz, den sie dem Artikel von Helmut Lindemann über „Neue Spielregeln für eine neue Politik“ eingeräumt hat; dem Verfasser bleibt das Verdienst, mit der Desavouierung der sogenannten „moralischen Ansprüche auf Wiedervereinigung“ ein bundesdeutsches Tabu durchbrochen zu haben. (Was um so höher zu bewerten ist, da der Vortrag, dem dieser Aufsatz zugrunde liegt, bereits vor der großen Diskussion um die Thesen von Karl Jaspers gehalten wurde!) Unter diesem Aspekt der grundsätzlichen Zustimmung soll im folgenden auf einige Punkte hingewiesen werden, die besonderer Hervorhebung bedürfen.

Lindemann führt in überzeugender Darstellung aus, daß die gegenwärtige Weltpolitik von zwei großen Ideologien beherrscht wird: Der kommunistischen (d. h. zur Zeit noch sowjetrussischen) These von der Weltrevolution und der amerikanischen Überzeugung, daß der *American Way of Life* für alle Völker und alle Zeiten die beste aller vorstellbaren Lebensformen sei. Hier ist in Ergänzung der Ausführungen des Verfassers darauf hinzuweisen, wie starke Ähnlichkeiten — bei allem äußeren Gegensatz — diesen Ideologien und damit den durch sie bestimmten Menschensammenballungen zugrunde liegen. Hier wie dort treffen wir einen fast blinden Fortschrittsglauben, die Erwartung aller irdischen Seligkeiten von der immer weiteren Vervollkommnung der Technik, die Anbetung einer hygienisch-sterilen Zivilisation. Lenins Ausspruch über „Revolution und Elektrizität“ ist hierfür ebenso symptomatisch wie die ans Absurde grenzende Technisierung des amerikanischen Haushalts. Keine Zweifel scheinen die führenden Figuren beider Seiten daran zu haben, daß der eingeschlagene Weg für das eigene wie für alle anderen Völker der einzig richtige ist. Jene aus Jahrtausenden alter Kultur herrührende Skepsis des gebildeten Europäers gegenüber dem Totalitätsanspruch der Technik — wie auch gegenüber allen Totalitätsansprüchen — finden wir weder bei Russen noch bei Amerikanern. Jene so dringende Frage, ob das Bewußtsein der täglich mit den neuesten Geräten der Zivilisation umgehenden Menschen auch diesem Umgang gewachsen ist, ob hier nicht eine Generation heranwächst, die mit vielen Gegenständen hantiert, deren Funktionen sie zwar kennt, deren innere Gesetze sie aber nicht begreift, ja nicht einmal danach fragt — diese Fragen werden nur noch im müden, alten Europa gestellt. Doch wieviel Spannung könnte aus der Welt genommen werden, wenn sich einmal die technisch so führenden Köpfe in Ost und West diese Fragen vorlegen würden.

Nur bei diesem Fragenkomplex kann das Leitbild einer neuen deutschen Politik liegen, die stets nur eine europäische Politik sein kann. Europa endet aber weder an der Elbe noch an der Oder-Neiße-Linie. Europa kann auch nicht Eurasien sein, aber auch keinesfalls lediglich ein vorgeschobener NATO-Stützpunkt der atlantischen Großmacht Nordamerika/Großbritannien. Europa wird aber auch nie jene so notwendige Funktion der Mitte erfüllen können, wenn es nicht mehr wird als eine geographisch nur sehr ungenau bestimmte Zusammenfassung eifersüchtig auf ihre Eigenart bedachter provinzieller Nationalstaaten.

Hier liegt die große und seit fünfzehn Jahren nicht genutzte Möglichkeit einer deutschen Politik. An jener bei Lindemann sehr präzise zum Ausdruck gebrachten Formel

vom „Ende des Deutschen Reiches 1945“ könnte man anknüpfen, um bei unseren engsten Nachbarn in West und Ost die notwendige Vertrauensbasis zu schaffen. Dieses unbedingt notwendige Vertrauen kann nicht ohne Opfer erreicht werden, Opfer die von allen Nationalisten — und deren gibt es nicht wenige — als unmöglich und dem Landesverrat gleichkommend erklärt werden, die aber in Wirklichkeit kaum mehr bedeuten als die Anerkennung politischer Fakten, die wir 1933 und 1939 selber heraufbeschworen haben. Um von allgemeinen Formulierungen zu konkreten Angaben zu kommen: Nur mit der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze werden wir unseren engsten östlichen Nachbarn die Furcht vor zukünftigen deutschen Aggressionsplänen nehmen können. Und nur wenn wir endlich davon abgehen, für den Fall der Wiedervereinigung „bedingungslose Übernahme“ der westdeutschen Entwicklung zu fordern, und statt dessen die ernsthafte Bereitschaft erkennen lassen, auf die inzwischen in der Sowjetzone entstandenen Fakten einzugehen, wird man uns auch in der westlichen (englischen) Öffentlichkeit abnehmen, daß wir ernsthaft bemüht sind, die Spannungsfelder in der Welt zu verringern. Hieran anknüpfend eine europäische Politik der Mitte und des Ausgleichs zu treiben, das wäre die große Aufgabe.

Ilse Trautwein, Bremen

Nochmals: Brauchen wir Wirtschafts- und Angestelltenakademien?

Auf die Stellungnahme von Dr. Ehrenberg in GM 9/1960 zu meinem Artikel „Brauchen wir Wirtschafts- und Angestelltenakademien?“ (GM 7/1960) hier nur kurz folgendes:

1. Ich habe ausdrücklich betont, daß m. E.

ein Bedarf nach solchen Ausbildungsstätten objektiv besteht. Ich habe nur Bedenken geäußert, ob dieser Bedarf über verschiedene subjektive Hemmungen hinwegkommen wird, die aus der kurzfristigen Einstellung der Bedarfsträger entstehen werden.

2. Es ist mir nur zu gut bekannt, wie sehr die Akademie für Gemeinwirtschaft durch ihren Namen in ihrem Wirken behindert wird. Nur: Damit kann man vielleicht erklären, weshalb die Zahl ihrer Studienbewerber in den letzten Jahren nicht noch stärker zugenommen hat, als es tatsächlich geschehen ist. Es erklärt sich daraus aber nicht, weshalb die Zahl der *geeigneten* Bewerber (im Gegensatz zur Gesamtzahl) fast gleich geblieben ist. Oder sind Sie etwa der Meinung, daß sich fähige und intelligente Bewerber stärker am Namen stoßen als unintelligente und unfähige?

3. Wenn Sie die Entlastung der Universitäten durch Vermehrung der Wirtschaftsfachschulen an die Bedingung knüpfen, daß die Maßstäbe bei den Diplomprüfungen an den Universitäten verschärft werden, dann besteht kein ursächlicher Zusammenhang mehr zwischen „Entlastung“ und „Gründung von Wirtschaftsfachschulen“. Die Entlastung der Universitäten — darüber kann heute kein Zweifel mehr bestehen — ist ohne eine Universitätsreform oder ohne einen völligen Wandel der „herrschenden bildungshierarchischen Vorstellungen“ nicht denkbar, ganz gleich, ob es zur Gründung von zahlreichen neuen Wirtschaftsakademien kommen wird oder nicht.

4. Ich halte, wie gesagt, die Gründung solcher Akademien für begrüßenswert. Ich bin nur der Meinung, daß man in diesem Falle nicht, wie so oft, erst handeln und dann überlegen sollte, zumal genügend verschiedenartige praktische Erfahrung vorliegt, um nicht bloß vom „grünen Tisch“ aus zu planen und zu entscheiden.

Heinz-Dietrich Ortlieb